
TOP 36:

Bericht über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland

Drucksache: 478/18

I. Zum Inhalt des Berichtes

Mit der Zuleitung des Berichts über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland kommt die Bundesregierung ihrer Verpflichtung aus § 42e SGB VIII nach, wonach der Deutsche Bundestag jährlich entsprechend zu unterrichten ist.

Es handelt sich um die zweite umfassende Bestandsaufnahme seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher am 1. November 2015.

Die Berichterstattung der Bundesregierung basiert auf mehreren Datenquellen. Im Wesentlichen wurden Länder, Kommunen und Fachverbände befragt. Zudem wurden amtliche Statistiken, Verwaltungsdaten und der Stand der Forschung zu unbegleiteten Minderjährigen ausgewertet. Die Datenbasis wurde zusätzlich um eine Befragung der Jugendämter in Deutschland sowie der Einrichtungen, in denen unbegleitete ausländische Minderjährige leben, erweitert.

Zusammenfassend kommt der Bericht zu folgenden Ergebnissen:

- Die Anzahl der vorläufig in Obhut genommenen unbegleiteten Minderjährigen sinkt kontinuierlich. Während im Dezember 2016 noch 1 306 Kinder und Jugendliche vorläufig in Obhut genommen wurden, waren es in Januar 2018 nur noch 557 Kinder und Jugendliche. Dieser Rückgang setzt sich auch nach Ende des Berichtszeitraums weiter fort.
- Kinder und Jugendliche, die unbegleitet nach Deutschland eingereist sind, stammen vornehmlich aus Afghanistan, Eritrea und Somalia. Dabei stellen

die 16 und 17 Jahre alten Jungen die größte Altersgruppe dar. Gleichaltrige Mädchen reisen hingegen seltener unbegleitet ein.

- Die Fluchtgründe der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen sind vielfältig. Zu allgemeinen Fluchtgründen, wie zum Beispiel kriegerische Konflikte, Verfolgung und Vertreibung, kommen sogenannte kinderspezifische Fluchtgründe hinzu, wie beispielsweise Zwangsrekrutierung als Kindersoldat, geschlechtsspezifische Verfolgung (Genitalverstümmelung), Kinderprostitution oder Zwangsverheiratung.
- Während der Flucht sind unbegleitete ausländische Minderjährige aufgrund ihrer besonderen Vulnerabilität, fehlender familiärer Strukturen und fehlender Stabilität besonderen Gefahren ausgesetzt. Die Rückmeldungen zum vorliegenden Bericht lassen darauf schließen, dass das Ankommen für die Kinder und Jugendlichen daher mit einem zunächst höheren Bedarf an Unterstützungsleistungen einhergeht, was insbesondere auf Traumata der Kinder und Jugendlichen und vorhandene Sprachbarrieren zurückzuführen sei.
- Die unbegleitet eingereisten ausländischen Kinder und Jugendlichen haben im Großen und Ganzen die gleichen Bedürfnisse, Wünsche und Träume wie gleichaltrige junge Menschen in Deutschland, was beispielweise die Bereiche Ausbildung, Gründung einer eigenen Familie und soziale Sicherheit betrifft. Unterschiede zu deutschen Kindern und Jugendlichen lassen sich insbesondere auf wesentliche Aspekte des Fluchthintergrundes zurückführen und sind entsprechend heterogen (zum Beispiel Wunsch nach einem sicheren und gewaltfreien Leben, Möglichkeit von Heimatkontakten, Nachzug der Herkunftsfamilien beziehungsweise finanzielle Unterstützung dieser im Herkunftsland, medizinische Versorgung und psychosoziale Unterstützung vor allem bezüglich der Aufarbeitung traumatischer Erlebnisse, Klärung asyl- und aufenthaltsrechtlicher Fragestellungen).
- Grundbedürfnisse der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen sind dabei unter anderem die Unterbringung in einer geeigneten Unterkunft, eine ausreichende medizinische Versorgung, aber auch der Zugang zu Bildung einschließlich Angeboten zur Sprachförderung sowie die Beteiligung an Freizeitmöglichkeiten. Für ältere Jugendliche, die ihre Volljährigkeit bald erreichen beziehungsweise erreicht haben, sind der Einstieg ins Erwerbsleben und passender Wohnraum von zentraler Bedeutung.

- Insgesamt haben sich Länder und Kommunen auf die vielfältigen Bedarfslagen eingestellt. Jugendämter und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe leisten hervorragende Arbeit zur Integration der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen in die Gesellschaft. Ebenso tragen örtliche Vereine und Initiativen mit vielen ehrenamtlichen Mitgliedern und Beteiligten wirkungsvoll zur erfolgreichen Integration bei.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Ausschuss für Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik** und der **Gesundheitsausschuss** empfehlen dem Bundesrat, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen.

